

Anton Schöpf – Vortrag

Thema Grundsicherung

Wir stehen an einem Wendepunkt?

Über Jahrtausende wurde die Grundversorgung großer und kleiner Menschengemeinschaften mit Hilfe von Sklaven bewerkstelligt, meist Kriegsgefangenen.

Nach und nach wurden einzelne Aufgaben von „Freien“ gegen Bezahlung übernommen. Durch die bezahlte Arbeit konnte ein Freier sich und seine Familie ernähren.

Als Folge der systematischen Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung wurde die Produktivität ungeheuer gesteigert.

Immer mehr Arbeit aus Menschenhand wurde durch Erfindergeist eingespart.

Schon seit vielen Jahren machen weitsichtige Ökonomen und Soziologen darauf aufmerksam, dass Vollbeschäftigung im Sinne von bezahlter Arbeit nicht mehr für alle Arbeitsfähigen gewährleistet werden kann.

In der Politik wird dies aber nicht mit allen Konsequenzen zur Kenntnis genommen. Im Grunde wird die Bevölkerung über die Möglichkeiten des „Wirtschaftswachstums“ getäuscht.

Es sollte vielmehr dringend überlegt werden, wie das Verhältnis von Arbeit und Einkommen neu geordnet werden könnte.

In einer Unternehmung soll nach heutigem Verständnis der Mensch im Mittelpunkt stehen. Ist das wirklich so?

Dürfte in unserer reichen, modernen Gesellschaft auch nur ein einziger Bürger durch das soziale Netz fallen?

Arbeitslosigkeit ist eine Folge des technischen Fortschritts:

- Unsere Produktivität steigt ständig. Das ist gut so!
- Aber unser System mit den hohen Steuern und sozialen Abgaben belastet nur die Erwerbsarbeit.
- Den Unternehmern wird so die Arbeit zu teuer.
- Deshalb rationalisieren sie und verlagern Arbeitsplätze ins Ausland.
- Doch auch die Arbeitslosen und Erwerbslosen erhalten Einkommen, finanziert durch Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten.
- Alle verlieren dabei: denn die Einkommen und sozialen Basisleistungen müssen für den einzelnen, beschäftigt oder nicht, immer kleiner werden.

In einem System des bedingungslosen Grundeinkommens könnten die heute bereits bestehenden sozialen Transfersysteme zusammengelegt werden.

Die enorme soziale Verteilungsbürokratie könnte wegfallen.

Dann könnte jeder ohne Existenzsorgen als freier Bürger tätig werden und jene Arbeit verrichten, die ihm zugleich sinnvoll erscheint.

Selbst Automation würde dann segensreich.
Denn durch den Wegfall von Arbeiten, die auch programmierbare Automaten leisten können, entsteht keine neue Arbeitslosigkeit mehr.

Visionen dürfen nicht nur Propheten haben!

Warum sollen wir Visionen nicht akzeptieren, wenn sie uns nützen können?

Nie zuvor in der Geschichte waren die Menschen so gut mit Gütern und Dienstleistungen versorgt wie heute.
Die Herausforderung besteht nun darin, daraus etwas für die Zukunft zu machen!

Es gibt die Vision, das Problem der Arbeitslosigkeit durch eine Kombination von Grundeinkommen und Konsumsteuer zu lösen.

Nehmen wir an, es gelänge uns, die ganze Güterversorgung durch vollautomatische Fabriken sicherzustellen.

Kein Mensch müsste dann mehr für die Herstellung von Gütern arbeiten.

Was wäre aber zu tun?

Wir müssten alle Menschen mit Geld versorgen, oder mit Bezugsberechtigungen.
Geld ist ja nichts anderes als eine Bezugsberechtigung.

Nur so könnten wir gewährleisten, dass uns die Menschen die Produkte aus unseren vollautomatischen Fabriken abkaufen können.

Und wenn heute auch eine solche Fabrik noch Utopie ist: Genau darauf steuern wir hin.

Die Produktionsentwicklung hat die Bedürfnisentwicklung längst überholt:

- Wir haben gesättigte Märkte.
- Und wir brauchen immer weniger Menschen, um dieses Übermaß an Gütern zu produzieren.
- Jetzt wäre der Moment gekommen, wo wir uns vom Zwang zur Arbeit befreien könnten.

Aber wir hängen noch immer dem alten Slogan nach:

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen ...“

Das war ein puritanisches Paradigma.

In Wirklichkeit haben wir uns davon schon längst verabschiedet:

- Die ganze Altersversorgung beruht darauf, dass Menschen im Alter einen Anspruch darauf haben, von der Gesellschaft versorgt zu werden.
- Auch zahlen wir Kindergeld, weil Minderjährige mit entsprechenden Gütern und Dienstleistungen versorgt werden sollen.
- Ein Teil unserer Bevölkerung lebt von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe.
- Ein weiterer Teil muss gar nicht arbeiten, weil er von den Zinsen eines Vermögens lebt.

In Deutschland stehen den 26,5 Millionen regulär Beschäftigten gegenüber:

- 20 Millionen Rentner,
- 5 Millionen Arbeitslose und
- 2 Millionen Bezieher von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II.
- Die Bezieher von Kindergeld und Bafög noch gar nicht eingerechnet.

In unseren Köpfen aber ist fest verankert, dass Einkommen aus Arbeit resultiert.

Wir sollten die beiden Aspekte aber besser trennen:

- der eine ist das Einkommen,
- der andere die Tatsache, dass Menschen unter uns leben, die ihre Fähigkeiten und Talente einbringen, um „anderen zu dienen“, oder wie wir sagen: „für andere zu arbeiten“.

Ein weiteres falsches Paradigma, von dem wir uns verabschieden sollten, ist der Irrglaube, man arbeite für sich und lebe von seinem geldlichen Einkommen.

Man könnte von seinem Einkommen gar nicht leben, es sei denn, man würde Euroscheine aufessen.

Ein jeder ist darauf angewiesen, dass andere für ihn arbeiten und konsumfähige Güter und Dienstleistungen herstellen: Brot, Milch, Eier, Zucker, Käse etc.

Einer Gemeinschaft geht es umso besser, je mehr Menschen für andere tätig sind.

Wenn bei uns die Regale voll sind, aber das Geld fehlt, liegt der Grund darin, dass wir Einkommen immer mit Arbeit koppeln.

Die alten Griechen hatten eine andere Lösung:

Ein normaler Grieche hat nicht gearbeitet. Dafür waren die Sklaven da.

Unsere Sklaven sind heute:

- die modernen Produktionsmethoden
- und die dazu passenden Maschinen.

Sie erlauben es uns, immer mehr Güter herzustellen – mit immer weniger Arbeit.

Wenn aber die Menschen nicht mehr arbeiten müssen, weil Produktionsmethoden und Maschinen das zu einem immer größeren Teil erledigen, dann müssen wir eben die Menschen mit Einkommen versorgen.

Nicht wer arbeitet, bekommt Einkommen, sondern wer Bürger ist!

Das ist die Idee des Grundeinkommens.

Diese Idee ist eigentlich alt, aber erst heute sind wir in der Lage, sie zu realisieren.

Erst heute haben wir solche paradiesische Zustände, dass die Wirtschaft mehr produzieren kann, als gebraucht wird.

Noch vor dreißig, vierzig Jahren konnten wir das nicht!

- Warum wurden „Gastarbeiter“ ins Land geholt?
- Warum musste man auf einen VW-Käfer zwölf Monate warten?
- Wäre es schon 1970 zur Wiedervereinigung in Deutschland gekommen und nicht erst 1990, dann hätte man, bei den Produktionskapazität der 1970er Jahre, sicherlich rationieren müssen.
- Damals hätte man nicht, „aus dem Stand“, 17 Millionen Menschen im Osten zusätzlich versorgen können.
- Dort gibt es daher heute die größte Arbeitslosigkeit!

Aber wenn auch die Voraussetzungen für die Einführung des „Grundeinkommens“ nie besser waren als jetzt: Wer ist dazu berechtigt?

Antwort: Jeder, der „in Obhut genommen“ wird – ob als Familie, Kommune, Land oder Nationalstaat. Jeder für den wir uns verantwortlich fühlen.

Dabei wäre aber immer das „Subsidiaritätsprinzip“ zu beachten:
Wir müssen die Verantwortung dafür, so weit möglich, immer in der jeweils kleinsten Gemeinschaft belassen.

Aber diese „Gemeinschaft“ könnte auch die Europäische Union sein. Oder die „ganze Welt“ – das wäre der Idealfall.

Wenn man alles zu Ende denkt, könnte es in der Globalisierung der anzustrebende Fall sein; dass man sich für einen Afrikaner ebenso verantwortlich fühlt wie für sein eigenes Kind.

Denn so kann man „Wirtschaft“ auch definieren:
Sie hat die Aufgabe, den Mangel gerecht zu verteilen – in diesem Fall den weltweiten Mangel.

Und wir sollten auch nicht vergessen, dass wir hier In Europa klimatisch die besten Bedingungen haben und dadurch viel produktiver sein können als anderswo.

Wie soll das in der Praxis funktionieren, mit dem Grundeinkommen?

Wir trennen also die Arbeit vom Einkommen.

Tatsächlich haben wir nur deshalb Arbeitslosigkeit, weil wir sagen: Wer nicht arbeitet, liegt dem andern auf der Tasche!

Hätten wir diese Vorstellung nicht, könnten wir sagen:

- Wir haben so und so viele Menschen und so und so viele Güter.
- Und weil wir so und so viele Güter haben, können wir so und so viel Geld drucken und an die Menschen verteilen.
- Dann hat jeder sein Grundeinkommen.

Und wo soll das Geld herkommen?

Damit kommen wir zur Frage der Steuern.

Das ist zwar ein anderes Thema, aber es gilt das gleiche falsche Paradigma:

Wer Arbeit hat, der hat Einkommen, und wer Einkommen hat, der kann leben und deshalb koppeln wir die Steuerbemessungsgrundlage an das Einkommen.

Dass das kein sinnvolles Prinzip ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Deshalb wenden sich die Finanzminister, wenn sie in Not sind, jetzt vermehrt den Erbschaften und dem Vermögen zu.

Auch das ist keine neue Idee:

Vor ein paar hundert Jahren, als es noch Leibeigene gab, und das Einkommen kein Thema war, da gab es Dach- und Fenstersteuern – im Grunde eine Art Vermögenssteuer:

Wer reich war, hatte ein hohes Dach und viele Fenster.

Der zahlte dann mehr Steuern als einer mit einer kleinen Hütte.

Später, als es Einkommen gab, wurde das Prinzip übernommen:

Wer mehr Einkommen hat, zahlt mehr als einer mit wenig Einkommen.

Aber das war noch zu einer Zeit, in der jeder einzelwirtschaftlich gearbeitet hat nicht wie heute gesamtwirtschaftlich, also mit nahezu 100%iger Arbeitsteilung.

Was ändert die Arbeitsteilung?

- Der Beitrag des Einzelnen zählt nur im Zusammenspiel mit anderen.
- Je mehr ich als Einzelner leiste, je mehr ich mit meinen Talenten wuchere, desto höher ist der Ertrag für die Gemeinschaft.

Daher ist es fatal, dass wir ein Steuersystem haben, das sagt:

- Je mehr du durch deine Leistung beiträgst,
- desto mehr Steuern musst du bezahlen, und zwar progressiv.

Im Grunde bedeutet das: Wer den Willen hat, mehr für die Gemeinschaft beizutragen, der wird eingebremst, im Grunde „bestraft“.

Das Grundeinkommen kostet viel Geld. Woher soll es kommen?

Blicken wir auf die andere Seite des Wirtschaftskreislaufes, auf den Konsum.

Die Tatsache, dass Menschen konsumieren, führt auch zu der Notwendigkeit einer Infrastruktur, die eine Gemeinschaft finanzieren muss.

Im Grunde hat die Steuer die Aufgabe, das Wertschöpfungsergebnis aufzuteilen:

- In jenen Teil, über den man privat verfügen kann.
- und in einen anderen, über den die Gemeinschaft verfügt, um das Gemeinsame zu organisieren.

Oder anders gesehen:

- der Einzelne muss zurücktreten von seinem persönlichen Konsum,
- damit die öffentliche Hand konsumieren kann.

Das Widersinnige ist:

- Während wir – auf der Steuerseite – bei Mehrleistung Progression erleben,
- erleben wir – auf der Konsumseite – bei Mehrverbrauch Degression.
- „Im Dutzend billiger!“, dieses Schlagwort kennen wir alle.

Es liegt somit eine Fehlsteuerung vor!

Denn es müsste doch so sein,

- dass der Beitrag zur Wertschöpfung überhaupt nicht besteuert wird,
- dass aber die Entnahme aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung progressiv besteuert wird.

Das würde bedeuten, dass immer dann, wenn jemand meint, er müsse in einem erhöhten Umfang Güter und Leistungen in Anspruch nehmen, dann muss er auch mehr bezahlen.

Auch das ist kein neuer Gedanke:

Wir haben schon längst Konsumsteuern.

Aber das alles ist noch nicht so recht in unser Bewusstsein gedrungen. Vor allem denken wir es nicht zu Ende.

Wir sollten unser Steuersystem so weiter entwickeln,

- dass nur noch der Konsum besteuert wird,
- und nicht mehr der Beitrag zur Wertschöpfung.

Wer viel konsumiert, zahlt viel Steuern, wer sparsam lebt, zahlt wenig Steuern.

- denn der benutzt auch weniger die Straße,
- ist seltener auf Flugplätzen,
- verbraucht weniger Energie,
- produziert weniger Müll,
- und fordert der Gemeinschaft somit weniger ab.

Aber: wenn der Konsum die einzige Steuerquelle ist, sind dann nicht die Bezieher kleiner Einkommen mehr betroffen als heute? Nein, denn dafür bekommen sie ja ein Grundeinkommen!

Dieses muss so hoch sein, dass der einzelne Bürger davon, zwar auf einem bescheidenen Niveau, aber menschlich leben kann.

Natürlich muss er von seinem Grundeinkommen auch die Mehrwertsteuer bezahlen können!

Wie hoch sollte dann das Grundeinkommen sein?

Diese Frage muss die Gemeinschaft beantworten.

Aber man könnte davon ausgehen, dass in Deutschland jeder Bürger ein Grundeinkommen von 1 500 Euro erhält.

Wenn es allen reicht und alle nur noch konsumieren, solange die Vollautomatisierung noch nicht erreicht ist, dann könnte es vielleicht ein Problem geben.
Aber das ist nicht sehr wahrscheinlich.

Eher ist doch zu erwarten, dass sich viele Menschen sagen:

- Das Grundeinkommen ist mir gerade recht, aber ich habe noch eigene Ziele und Bedürfnisse!
- Jetzt arbeite ich aber nicht mehr, weil ich muss, sondern weil ich will.
- Jetzt kann ich tun, was mir liegt, und ich muss nicht dort arbeiten, wo ich am meisten Geld verdiene.
- Jetzt kann ich dort arbeiten, wo man mit mir angemessen umgeht.
- Ich arbeite dort, wo Produkte erzeugt werden, mit denen ich mich identifizieren kann.

Das würde eine gewaltige „Klimaveränderung im Sozialen“ bedeuten!

Warum sollte man dann überhaupt noch arbeiten?

Würde dann noch jemand Kassierer in einem Supermarkt sein wollen?

Ganz sicher, meint Götz Werner, der Gründer und Vorstandsvorsitzende der „dm“-Drogeriemarktkette mit 1500 Filialen und 21 000 Mitarbeitern.
Denn es gibt viele Menschen, die das gerne machen.

Es gibt auch viele Menschen, die arbeiten, obwohl sie es gar nicht nötig haben. Sie arbeiten, weil sie unter Menschen sein wollen, weil sie ein Teil eines „Netzwerkes“ sein wollen, wie man heute neu-deutsch sagt.

Was ist mit den Jobs, die niemand will?

- Diese werden wir entweder hoch bezahlen müssen.
- Oder wir erfinden dafür Maschinen, die sie erledigen.

Es wird dann auch keine Debatten um Wochenendarbeit geben:

- Wenn jemand am Sonntag arbeiten will, dann arbeitet er eben sonntags.

Die Menschen sind ja befreit von der Notwendigkeit zu arbeiten.

- Wir brauchen kein Recht auf Arbeit.
- Wir brauchen keine Pflicht zur Arbeit.
- Wir haben freien Willen zur Arbeit.

Und diese schöne Utopie ist finanzierbar?

Wir erwirtschaften in Europa schon heute schon so viel, dass alle überleben können.

Schon heute werden alle Menschen mit Geld versorgt:

- entweder durch eigenes Einkommen,
- durch Vermögen, oder
- durch Transferzahlungen.

Das Geld ist nicht das Problem. Wir haben ein christliches „Kulturproblem“!

Drei Schritte müssen wir machen:

1. Die einkommensbasierten Steuern herunterfahren.
2. Die Konsumsteuern hochfahren.
3. Schritt für Schritt das Bürgergeld einführen.

Wenn wir etwa festlegen:

- ab 1. Mai gibt es die erste Stufe: für jeden 400 Euro Grundeinkommen, egal ob er arbeitet, Rentner ist oder Sozialhilfe bezieht,
- dann bedeutet das, dass z.B. der Mitarbeiter in einem Betrieb 400 Euro weniger bekommt, denn er bekommt ja das Grundeinkommen.
- Dafür muss aber mehr Konsumsteuer kalkuliert werden.
- Dann geht es Schritt um Schritt weiter, bis irgendwann die 1 500 Euro erreicht sind.

Fragt sich z.B. eine Kassiererin, ob sie für 80 Euro mehr wirklich noch arbeiten soll? .

- dann bleibt sie eben zu Hause,
- und der Platz ist frei für jemanden, der ihn will.
- Oder es gibt eine digitalisierte Kasse.

Der wichtigste Effekt dabei aber ist:

- Arbeit am Menschen wird endlich bezahlbar.
- Das sind jene arbeitsintensiven Aufgaben, bei denen keine Maschinen oder Automaten eingesetzt werden können.
- Denn man muss jetzt einer Krankenschwester keine 3 000 Euro mehr bezahlen, sondern nur noch 1 500. Sie erhält ja auch 1 500 Euro Grundeinkommen.

Und es gibt auch kein Problem, wenn ein Rentner weiter arbeiten will.
Das kann er jetzt ohne Kontrolle und erhöht damit die gesellschaftliche Wertschöpfung.

Seinen Steuerbeitrag leistet er dann über den Konsum.

Selbst wenn das Sparpotential beträchtlich ist, weil man keinen riesigen Beamtenapparat mehr braucht, um über die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen zu wachen, kann die Konsumsteuer allein wirklich ausreichen?

Das tut sie eigentlich schon längst. Denn schon heute zahlt nur der Endverbraucher Steuern.

Der Unternehmer kalkuliert ja alle Steuern in seinen Preisen.
Wenn ihm das nicht gelingt, macht er Verluste und bezahlt dann erst recht keine Steuern.

Alle Steuern, die heute im Unternehmensbereich bezahlt werden: Vermögens-, Erbschafts-, Einkommens- Gewerbe- oder Körperschaftssteuern, schlagen sich in den Preisen nieder.

Es wäre ein Beitrag zur demokratischen Bewusstseinsbildung, wenn der Staatsanteil durch eine saubere Konsumsteuer offenbar würde.

Vermutlich wäre die Abgaben-Quote bei 45 bis 50 Prozent, so wie schon heute mindestens auch.

Würde In der Wirtschaft alles laufen wie bisher?

Sicher nicht! Denn eine einkommensbasierte Steuer setzt nicht am Ende des Wertschöpfungsprozesses an, sondern dazwischen.

Sie greift schon zu, wenn das Produkt noch gar nicht fertig ist, sondern an jedem Übergang.
Das führt zu einer Menge Fehllenkungen.

Weil die Steuer immer wieder in den Unternehmen zugreift, werden Maßnahmen ergriffen, die für das Wirtschaftsgeschehen eigentlich kontraproduktiv sind: Es wird gebaut, verbraucht, investiert – nur der Steuer wegen.

Bei Konsumsteuern wird nur das untergehende, das verbrauchte Produkt besteuert.

Das ist auch ein wichtiger Unterschied zur Ökosteuer.

Die Ökosteuer wird nicht am Pol des Konsums, sondern an der Erzeugung erhoben.

Als mache es keinen Unterschied, ob man mit Diesel einen Panzer betankt oder einen Krankenwagen.

Auch die Konsumsteuer „steuert“ also:

- was für das Gemeinwesen gut ist, wird niedrig,
- was nicht so gut ist, hoch besteuert. Und so sollte es ja auch sein.

Wer aber bestimmt, was gut ist und was nicht?

- Der gesamtgesellschaftliche, parlamentarisch legitimierte Konsens.

Also die gewählte Regierung. Damit ist wieder Raum für jede Menge Ideologie?
Sicher! Aber das ist in der Demokratie ja immer unser Los.

Entscheidend ist, dass wir Methoden und Instrumente entwickeln, die möglichst wenig „Kollateralschäden“ mit sich bringen.

Dass der Staat Geld braucht ist klar. Wenn er das aber auf eine Weise tut,

- dass dadurch Investitionsentscheidungen fehlgeleitet werden,
- oder Menschen Ihren Beitrag gar nicht mehr leisten wollen,
- dann liegt ein „Kollateralschaden“ vor.

Mit der Konsumsteuer sind diese Schäden geringer.

- Es gibt keine Diskussionen mehr über Abschreibungen.
- Die Bilanzen können viel transparenter, offener und damit richtiger sein.
- Es müsste auch viel weniger Produktion ins Ausland verlagert werden.
- Unser Land würde ein absolutes Steuerparadies werden.
- Aber die anderen Länder würden wohl schnell nachziehen.

Wie langfristig ist diese Vision? Etwa für das Jahr 2100?

Das ist eine Frage der Definition.

Entwicklung ist ein diskontinuierlicher Prozess, der irreversibel in der Zeit verläuft.

Entwicklung geht immer schubweise vor sich.

Es kann sein, dass die Zeit für eine solche Idee ganz schnell kommt.

Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte Ludwig Ehrhardt, damals Mitarbeiter in einem Konsumforschungsinstitut, das Konzept der sozialen Marktwirtschaft bereits entwickelt.

Keiner hätte damals gedacht, dass bereits 1948 die Zeit für diese Idee gekommen war.

Aber es war entscheidend, dass es dieses Konzept dann bereits vorlag. Ähnliches gilt auch für heute und morgen.

Ein Kritiker und gleichzeitig Anhänger des Modells der Grundsicherung hat festgestellt, dass dieses Modell sein sozialistisches Herz mit seinem neoliberalen Verstand versöhne.

Das Modell der Grundsicherung stellt zugleich

- die radikalste mögliche Form des Sozialismus,
- wie auch die des extremsten Kapitalismus dar.

Es ist die radikalste Form des Sozialismus,

- weil wohl in keinem anderen Wirtschaftssystem eine so hohe Grundrente für jedes Mitglied der Gesellschaft, unabhängig von dessen Leistung, garantiert werden kann,
- getragen von einem ungehindert fortschreitenden Wertschöpfungsprozess, wie er nur der kapitalistischen Produktionsweise innewohnt, als Folge der ungebremsten Kraft der ständigen Rationalisierungen und Innovationen.

Es ist aber auch die radikalste Form des Kapitalismus,

- weil eine noch radikalere Form des Kapitalismus ohne Grundeinkommen für jeden niemals durchsetzungsfähig wäre.
- Denn auch der Kapitalismus benötigt Konsumenten, die aber durch die vom Kapitalismus selbst verursachten Rationalisierungen in immer größerer Zahl arbeitslos werden, und somit – ohne Grundeinkommen – auch mittellos wären, um die immer größer werdende Produktion zu kaufen.